

**Titel** Freie Fahrt für Freiwillige: Jugendfreiwilligendienste stärken – nicht nur in der Mobilität, sondern insgesamt!

**AntragstellerInnen** Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Freie Fahrt für Freiwillige: Jugendfreiwilligendienste stärken – nicht nur in der Mobilität, sondern insgesamt!

- 1 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Programmkommission, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Jugendfreiwilligendienste in Deutschland bilden eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft, denn sie engagieren sich  
3 freiwillig für mehr Zusammenhalt, kulturelle Vielfalt und altersübergreifende Zusammenarbeit. Doch sie wirken oft  
4 unsichtbar und erhalten gesamtgesellschaftlich nicht die Anerkennung, die sie verdienen.
- 5 Daher fordern wir eine trägerübergreifende Verbesserung der Rahmenbedingungen von Jugendfreiwilligendiensten  
6 in Rheinland-Pfalz und Deutschland. Dies umfasst auch die insgesamte Gleichstellung und eine einheitliche Organi-  
7 sationsstruktur der Jugendfreiwilligendienste, die durch das BMFSFJ als Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ); teilweise in den  
8 Bereichen Ganztagschule, Kultur und Politik/ Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder teilweise als BFD angeboten  
9 werden und dem freiwilligen Wehrdienst, welcher durch das BMVg getragen wird.
- 10 Freiwilligendienstleistende im FSJ/FÖJ und BFD (unter 27 Jahren) sehen sich tagtäglich mit vielerlei Problemen kon-  
11 frontiert. Sie arbeiten in der Regel für ein Jahr in Vollzeit, wofür sie ein sogenanntes Taschengeld erhalten, das eben  
12 ausschließt, dass es sich bei der ausgeübten Tätigkeit um ein Arbeitsverhältnis handelt. In Rheinland- Pfalz sprechen  
13 wir jährlich von rund 5000 Freiwilligen in sozialen und ökologischen Bereichen. Bundesweit sprechen wir von über  
14 60.000 Jugendlichen im FSJ/FÖJ und etwa 28.000 Freiwilligen im BFD (U27).
- 15 Die Höhe des Taschengeldes variiert von Träger zu Träger. Von Seiten des BMFSFJ ist im Jugendfreiwilligendienstge-  
16 setz eine Leistung von bis zu 200 Euro monatlich für das FSJ/FÖJ vorgesehen, zu welchen mindestens 10% mehr von  
17 den Einsatzstellen dazugegeben werden müssen. Je nach Träger gibt es jedoch landesweite Vereinbarungen über  
18 Mindesthöhen. Einer der großen Träger in Rheinland-Pfalz, das Kulturbüro, unter dessen Trägerschaft jährlich ca.  
19 500 Menschen einen Freiwilligendienst absolvieren, vereinbart eine jährliche Steigerung des Mindestentgelt um 10  
20 Euro. Im Jahr 2019/2020 lag also die Mindesthöhe des Taschengeldes bei 360 Euro monatlich, im Jahr 2020/2021 dem-  
21 entsprechend 370 Euro monatlich. Einsatzstellen dieses Trägers dürften aber auch jetzt schon bis zu 414 Euro pro  
22 Monat zahlen, was eine Vielzahl der Einsatzstellen jedoch nicht tut, auch nicht die Einsatzstellen der Landesregierung  
23 und ihrer Fraktionen.
- 24 Einen großen Teil des Taschengeldes investieren die meisten Freiwilligen in ihre Fahrkarten für den ÖPNV. Ein Beispiel  
25 aus der Praxis: Eine FSJlerin aus der Pfalz absolviert ihr FSJ in Mainz. Um täglich mit der Bahn zur Arbeit zu pendeln,  
26 braucht sie das VRN-Ticket (Maxx-Ticket) von 45,30 Euro/Monat und für die Strecke nach Mainz weitere 104,50 Eu-  
27 ro/Monat (Azubi-Preis). Aus diesem Beispiel geht gut hervor, wie teuer, und auch wie unverhältnismäßig denn der  
28 ÖPNV und seine Preise sein können. Die Strecke Guntersblum (Ende VRN) - Mainz hält offensichtlich weniger Fahr-  
29 möglichkeiten offen als das VRN-Ticket, kostet jedoch mehr als doppelt so viel.
- 30 Zudem ist für Einsatzstellen nicht klar geregelt, ob sie Fahrtkosten übernehmen dürfen. Eine Regelung, die sie, zu-  
31 mindest in Teilen, dazu verpflichtet, würde die Lage sowohl für Freiwillige als auch für die Einsatzstellen bedeutend  
32 entspannen.

33

**34 Forderungen zur Mobilität:**

- 35 • Kurzfristig fordern wir eine Anpassung der Preise der Verkehrsverbände für Freiwillig Dienstleistende. Einsatz-
- 36 stellen soll rechtlich auch ermöglicht werden, die gesamten Fahrtkosten zu übernehmen.
- 37 • Mittelfristig fordern wir ein landesweites Bildungsticket („365-Euro-Ticket“) für Menschen unter 27 Jahren und
- 38 Freiwillig Dienstleistende.
- 39 • Langfristiges Ziel ist ein kostenloser ÖPNV für alle Menschen.

40 Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass eine finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern während des Frei-

41 willigendienstes bei der momentanen Vergütungslage, gekoppelt mit den anfallenden Fahrtkosten und eventuellen

42 Wohnkosten, nicht gegeben ist. Das macht den Freiwilligendienst zu einer exklusiven Möglichkeit Weniger und zu

43 einer Frage der sozialen Herkunft. Das sollte in Rheinland-Pfalz, aber auch bundesweit, nicht der Fall sein!

44

**45 Forderungen zur Vergütung:**

- 46 • Wir fordern, dass das Taschengeld für Freiwillig Dienstleistende nicht an das ALG II angerechnet wird, sofern
- 47 die Freiwilligen Teil einer Bedarfsgemeinschaft sind.
- 48 • Die Leistungen des BMFSFJ für Jugendfreiwilligendienste sollen mindestens genauso hoch sein wie die Leis-
- 49 tungen für Freiwillig Wehrdienstleistende.

50 Ein weiterer Kostenfaktor können, wie bereits kurz erwähnt, die Wohnkosten sein. Das Beantragen von Wohngeld

51 gleicht einer bürokratischen Unmöglichkeit, mit der man sich nicht gerne auseinandersetzen möchte und einen auch

52 vom Freiwilligendienst abschrecken kann.

53

**54 Forderungen zur Wohnsituation:**

- 55 • Kurzfristig fordern wir eine Entbürokratisierung und Vereinfachung des Wohngeldantrags! Die Einsatzstellen
- 56 und/oder Träger müssen in die (Mit-) Verantwortung gezogen werden, bei Wohngeldanträgen auszuhelfen.
- 57 • Langfristig müssen Wohngeldzuschläge allen Freiwilligen, nicht nur Wehrdienstleistenden, zur Verfügung ge-
- 58 stellt werden.
- 59 • Einsatzstellen müssen bei der Wohnungssuche Ansprechpartner\*in für Freiwillige sein und gegebenenfalls
- 60 Wohnungen für ihre Freiwilligen zur Verfügung stellen. Besonders die Landesinstitutionen könnten kosten-
- 61 günstige Wohngemeinschaften für ihre Freiwilligen aus den verschiedenen landespolitischen Einsatzstellen
- 62 einrichten.

63 Oft wissen Menschen nicht einmal, was ein FSJ ist oder beschreiben es abwertend als verschwendete Zeit. Daher ist

64 mehr Anerkennung für Freiwilligendienstleistende essenziell.

65

**66 Forderungen zur Anerkennung:**

- 67 • Die SPD-geführte Landesregierung führt landesweite Aktionen und Kampagnen durch, beispielsweise am Tag
- 68 des Ehrenamtes, am 5. Dezember, an dem jährlich bundesweit für #FreieFahrtfürFreiwillige mobil gemacht
- 69 wird.
- 70 • Der Freiwilligenausweis soll in Zukunft mit Selbstverständlichkeit überall dort verwendet werden, wo mindes-
- 71 tens auch Schüler\*innen, Studierende oder Azubis Ermäßigungen erhalten. Das ist im kulturellen Bereich und
- 72 bei den Verkehrsverbänden schon so, aber dennoch gibt es noch Raum zur Verbesserung!

73

74 Um Freiwilligendienste gesamtgesellschaftlich und öffentlich wieder als essenzielle Stütze der Gesellschaft wahrzu-  
75 nehmen, bedarf es Strukturen, die verständlich und nachvollziehbar sind. Wie bereits erwähnt, gibt es Jugendfreiwil-  
76 ligendienste, Bundesfreiwilligendienste und freiwillige Wehrdienste. Eine einheitliche Organisationsstruktur würde  
77 einerseits dem beschriebenen Ziel dienen, und andererseits allen Freiwilligendiensten dieselbe Wertschätzung, Be-  
78 deutung und auch dieselben finanziellen sowie organisatorischen Rahmenbedingungen liefern. Damit wäre für alle  
79 Interessierten eine zentrale Anlaufstelle vorhanden, die nicht, wie wir es bei den heutigen verschiedenen Trägern  
80 sehen, zu Verwirrung führt. Damit wäre auch gewährleistet, dass keine Informationen über die verschiedenen Mög-  
81 lichkeiten eines Freiwilligendienstes unberücksichtigt bleiben. Daher fordern wir die Einrichtung einer einheitlichen  
82 Organisationsstruktur mit zentraler Koordination aller Freiwilligendienste für Menschen unter 27 Jahren

83

#### 84 **Forderungen zur Organisationsstruktur:**

- 85 • Bundesfreiwilligendienste (BFD) für Menschen unter 27 Jahren (U27) rechtlich an die Jugendfreiwilligendienste  
86 (JFD) angliedern (Jugendfreiwilligendienstgesetz, JFDG).
- 87 • Zur bundesweiten Koordination wird eine zentrale Stelle, für Belange der JFD, der BDF U27 und Freiwilligen  
88 Wehrdienste U27, eingerichtet, sodass die Zuständigkeiten nicht in verschiedenen Ministerien liegen.
  - 89 – Bundeseinheitliche Vergütung mit möglichen Zuschlägen für u.a. Wohnen, sowie Möglichkeiten der frei-  
90 en Mobilität.
  - 91 – Es soll sichergestellt sein, dass das BMFSFJ den gleichen Vergütungsbetrag an ihre Freiwilligen zahlt, wie  
92 das BMVg an ihre freiwilligen Wehrdienstleistenden.
  - 93 – Einrichtung einer zentralen Online-Plattform zur Information und auch Anmeldung.
  - 94 – Beibehaltung der bestehenden Strukturen mit den verschiedenen Trägern auf lokaler Ebene.
  - 95 – Förderung einer bundesweiten Struktur von Freiwilligenvertretungen, die im regelmäßigen Austausch  
96 mit der Politik und Zivilgesellschaft steht.

97

98 **Zusammengefasst fordern wir einen inklusiven Freiwilligendienst, der jeder und jedem offensteht, ganz**  
99 **gleich aus welcher Familie er\*sie kommt! Freiwilliges Engagement im Sinne der Gesellschaft sollte immer**  
100 **ausnahmslos erleichtert, unterstützt und nicht erschwert werden! Freiwilligendienste bieten sehr viele Mög-**  
101 **lichkeiten zur persönlichen Entfaltung, zur Weiterbildung, sogar zur Vernetzung - das sollte niemandem ver-**  
102 **wehrt werden!**